

**Nr. 19/972**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen ermöglichen  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 9. Februar 2016  
(Drucksache [19/266](#))
2. Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen ermöglichen  
Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung  
vom 29. November 2017  
(Drucksache [19/1421](#))
3. Wie wichtig ist die Gesundheitswirtschaft für Bremen und Bremerhaven?  
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 20. Dezember 2017  
(Drucksache [19/1456](#))
4. Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung und Konsequenzen  
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 21. Dezember 2017  
(Drucksache [19/1458](#))  
  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 20. März 2018  
(Drucksache [19/1592](#))
5. Zukünftige Trassenführung der B 6n  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 9. Januar 2018  
(Drucksache [19/1460](#))  
  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2018  
(Drucksache [19/1545](#))
6. Bericht über die Umsetzung des Erasmus+ -Programms in Bremen  
Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018  
(Drucksache [19/1504](#))
7. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 14. Februar 2017  
(Drucksache [19/939](#))  
2. Lesung

8. Bremens Standortprobleme endlich anpacken – Image verbessern!  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 13. Februar 2018  
(Drucksache [19/1528](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 24. April 2018  
(Drucksache [19/1636](#))
9. Sparsam, wirkungsarm, männerzentriert? Zur Bilanz der Wirtschaftsförderung nach dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) und seiner Arbeitsplatzeffekte 2007 bis 2017  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 6. März 2018  
(Drucksache [19/1567](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 24. April 2018  
(Drucksache [19/1637](#))
10. Entwicklung der Ticketpreise im öffentlichen Personennahverkehr und Perspektiven für eine klimaverträgliche Mobilität für alle  
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 6. März 2018  
(Drucksache [19/1569](#))

#### **Nr. 19/973**

##### **Gesetz zur Änderung des Bremischen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes – Fachkräftemangel wirksamer begegnen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 13. März 2018  
(Drucksache [19/1588](#))  
1. Lesung

Der Antrag ist von dem Antragsteller zurückgezogen.

#### **Nr. 19/974**

##### **Aktuelle Stunde**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

**"Korruptionsskandal im Bremer BAMF – Warum brauchte es zur Aufklärung erst das niedersächsische Innenministerium?"**

#### **Nr. 19/975**

##### **Konsensliste**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 24. April 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Die hochwertige Arbeit des Olbers-Planetariums langfristig absichern  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 15. März 2018  
(Drucksache [19/1591](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, mit dem Auslaufen des aktuellen Abordnungsmodells zum 1. Januar 2020 im Haushalt die Voraussetzungen zu schaffen, um eine unbefristete Stelle für die Leitung des Olbers-Planetariums mit vollem Beschäftigungsvolumen einzurichten und dafür Sorge zu tragen, dass diese Stelle mit pädagogisch-didaktisch geschultem Personal besetzt wird.  
Darüber hinaus ist entlang einer zu vereinbarenden Leistungsbeschreibung zu überprüfen, ob eine ergänzende, aus dem Haushalt zu finanzierende, erweiterte Personalausstattung im öffentlichen Interesse ist.
2. 40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz  
vom 16. März 2018  
(Drucksache [19/1583](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 40. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
3. 12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit  
vom 16. März 2018  
(Drucksache [19/1584](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 12. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.
4. Parlamentarische Kontrolle der akustischen Wohnraumüberwachung im Bereich der Strafverfolgung  
Mitteilung des Senats vom 27. März 2018  
(Drucksache [19/1601](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
5. Gesetz zur Änderung des Vorbereitungsdienst-Zulassungsgesetzes  
Mitteilung des Senats vom 18. April 2018  
(Drucksache [19/1626](#))  
1. Lesung  
2. Lesung  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
6. Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration  
Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten  
Bernd Ravens  
anstelle der Deputierten Sabine Markmann-Breuer zum Mitglied der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

## Nr. 19/976

### Jedes Kind muss Schwimmen lernen!

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP

vom 24. April 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1525](#) vom 13. Februar 2018)

(Drucksache [19/1632](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Entwicklung der Schwimmfähigkeit der Kinder im Lande Bremen mit Sorge zur Kenntnis und erklärt, dass verstärkte Anstrengungen seitens des Landes und der Kommunen notwendig sein werden, um diesen Negativtrend nachhaltig zu stoppen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat vor diesem Hintergrund auf, ein Konzept zur Optimierung der Schwimmausbildung im Lande Bremen mit dem Ziel einer deutlichen Erhöhung der Quote der sogenannten sicheren Schwimmer beim Abschluss der Grundschule zu erarbeiten und der staatlichen Deputation für Sport bis Mai 2018 zur Beratung vorzulegen. Dabei möge die Prüfung nachfolgender Maßnahmen Berücksichtigung finden:
  - a. Die feste Integration der Schwimmausbildung in den Kitas mit dem Ziel einer ersten Gewöhnung an Wasser und das Überwinden von Hemmschwellen.
  - b. Die Verlagerung des Schwimmunterrichts in die Jahrgangsstufen 1 und/oder 2, um gegebenenfalls bestehende Defizite in den Jahrgangsstufen 3 und 4 abbauen zu können sowie Erstellung eines jahrgangübergreifenden Konzeptes für den Schwimmunterricht.
  - c. Die Überarbeitung der pädagogischen und methodischen Konzepte des Schwimmunterrichtes nach neuesten bildungs- und sportwissenschaftlichen Erkenntnissen.
  - d. Den Auf- bzw. Ausbau der Aus- und Weiterbildung von Schwimmlehrern und Schwimmtrainern, beispielsweise durch verstärkte Kooperationen mit der DLRG.
  - e. Die Sicherstellung einer Mindestzeit im Wasser von 45 Minuten pro Schwimmunterrichtseinheit.
  - f. Die Optimierung der Unterrichtsorganisation hinsichtlich Einbettung in die Stundenpläne und Transport.
  - g. Die Erlangung des Jugendschwimmabzeichens Bronze als verbindliche Definition der Schwimmfähigkeit als verbindliches Ziel des Schwimmunterrichtes an Grundschulen neu aufzunehmen.
  - h. Die anonyme Datenerfassung der Schwimmfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu Beginn und zum Ende der Grundschulzeit.
  - i. Die verbindliche Ausweisung der Schwimmfähigkeit im Zeugnis am Ende der vierten Klasse.
  - j. Den stärkeren Ausbau von Kooperationen von Schulen und Schwimmvereinen auch im Zuge der Ganztagschule.
  - k. Die Erlassung der Eintrittsgebühr für Kinder bis 6 Jahren für die Anlagen der Bremer Bäder GmbH. Darüber sollen weitere Anreize geprüft werden, um Kinder zum Besuch eines Bads zu motivieren.

## Nr. 19/977

### **Für mehr sichere Schwimmerinnen und Schwimmer im Lande Bremen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 24. April 2018  
(Drucksache [19/1647](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ein Konzept mit dem Ziel einer deutlichen Erhöhung der Quote der sogenannten sicheren Schwimmerinnen und Schwimmer zu erstellen. Dabei sollte die Prüfung nachfolgender Maßnahmen Berücksichtigung finden:
  - Die Bildung eines Netzwerks „Schwimmausbildung“ für das Land Bremen, in dem das vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement unter anderem im Schwimmverband, der DLRG und Schwimmvereinen und die Aktivitäten vom Bildungsressort und den Bädergesellschaften in Bremen und Bremerhaven zur Erlangung von Schwimmfertigkeiten ausgetauscht und koordiniert werden, mit dem Ziel Sponsoringaktivitäten und öffentliche Förderung so zu optimieren und gegebenenfalls anzupassen, dass flächendeckend und regelmäßig Schwimmkurse unterjährig und Angebote in den Schulferien angeboten werden. Dieses sollte auch die Ausweitung der Angebote zur frühzeitigen Wassergewöhnung ab dem ersten Lebensjahr durch Eltern-Kind-Kurse umfassen. Auch sollen Möglichkeiten der Weiterqualifizierung von Lehrkräften und Schwimmausbilderinnen und -ausbildern beraten werden.
  - Zur Erweiterung der bestehenden Beratung den Eltern Informationsmaterial über Schwimmangebote im Stadtteil bereitzustellen und zur Verbreitung dieses Informationsmaterials Anlässe, wie beispielsweise den Cito-Test, die Schuleingangsuntersuchung, Kinderbetreuungsbeitragsbescheide und Zeugnisse zu nutzen.
  - Die Erfassung der Schwimmfähigkeit der Schülerinnen und Schüler zu Beginn und zum Ende der Grundschulzeit und die Ausweisung der Schwimmfähigkeit im Zeugnis am Ende der vierten Klasse.
  - Der Ausbau geeigneter Kooperationen von Schwimmvereinen und schulischen Ganztagsangeboten.
  - Die Prüfung, ob und wie die Teilnahmekosten an unterjährigen, regelmäßigen Schwimmkursen oder Ferienschwimmkursen sozial gestaffelt und gegebenenfalls reduziert werden können.
  - Die Zurverfügungstellung von Wasserflächen für die Schwimmausbildung in allen Bädern in Bremen dem Bedarf anzupassen.
2. Der Senat wird aufgefordert über dieses Konzept in der staatlichen Deputation für Sport, der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung und der staatlichen Deputation für Gesundheit bis zum 30. September 2018 zu berichten.

## Nr. 19/978

### **Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen**

Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018  
(Drucksache [19/1552](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

#### **Nr. 19/979**

##### **Sexuelle und geschlechtliche Identität im Schutzbereich des Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz verankern!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 18. April 2018  
(Drucksache [19/1623](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bundesratsinitiative des Landes Berlin zur Ergänzung des Schutzbereichs des Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz um die sexuelle und geschlechtliche Identität beizutreten und das Vorhaben auf Bundesebene zu unterstützen.

#### **Nr. 19/980**

##### **Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht endlich personell stärken**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 9. April 2018  
(Drucksache [19/1607](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

#### **Nr. 19/981**

##### **Die Wohn- und Betreuungsaufsicht darf kein stumpfes Schwert sein!**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 24. April 2018  
(Drucksache [19/1633](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

#### **Nr. 19/982**

##### **Wohn- und Betreuungsaufsicht weiter stärken und ausbauen**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 24. April 2018  
(Drucksache [19/1645](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. einen Finanzierungsvorschlag vorzulegen, um die Personalzielzahl für die Bremische Wohn- und Betreuungsaufsicht (WBA) bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport um zwei Vollzeitäquivalente zu erhöhen.
2. die Arbeitsorganisation der WBA so umzustrukturieren, dass mehr Personalkapazitäten für die Kontrollen der Einrichtungen freigemacht werden können.
3. der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration im 4. Quartal 2018 zu berichten, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um insbesondere die Personalausstattung der bremischen Wohn- und Betreuungsaufsicht an die gestiegenen Herausforderungen anzupassen.

## Nr. 19/983

### **Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG)**

Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018

(Drucksache [19/1461](#))

1. Lesung

2. Lesung

D a z u

### **Änderungsantrag der Fraktion der FDP**

**vom 24. April 2018**

(Drucksache [19/1644](#))

u n d

### **Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**

**vom 25. April 2018**

(Drucksache [19/1648](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag (Drucksache [19/1644](#)) ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag (Drucksache [19/1648](#)) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

## Nr. 19/984

### **Bremisches Landesmediengesetz (BremLMG)**

Bericht und Änderungsantrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit

vom 23. April 2018

(Drucksache [19/1629](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag (Drucksache [19/1629](#)) zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

## Nr. 19/985

### **Umsetzung der „Stiftung Anerkennung und Hilfe“ in Bremen**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 5. September 2017

(Drucksache [19/1222](#))

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 24. Oktober 2017**

(Drucksache [19/1276](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

**Nr. 19/986**

**Tödliche Gefahr Asbest**

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 20. November 2017  
(Drucksache [19/1405](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 9. Januar 2018**

(Drucksache [19/1465](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

**Nr. 19/987**

**Wie überfordert ist die Hochschule für öffentliche Verwaltung bei der Polizeiausbildung?**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 5. Dezember 2017  
(Drucksache [19/1428](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 16. Januar 2018**

(Drucksache [19/1480](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

**Nr. 19/988**

**Interessen der deutschen Versicherten wahren – Missbrauch des Gesundheitssystems bekämpfen**

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)  
vom 5. Dezember 2017  
(Drucksache [19/1435](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Nr. 19/989**

**„Gendergerechte“ Sprache auch in Bremen nach europäischen Vorbild austreichen**

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)  
vom 11. Dezember 2017  
(Drucksache [19/1443](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.